

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Passgenaue Ausbildungsgänge in der Kultur- und Kreativwirtschaft schaffen

Die zurückliegenden Jahre waren für die deutsche Kreativwirtschaft ein Meilenstein auf dem Weg zu wirtschaftlichem Erfolg und ein Schritt in Richtung der sich immer schneller neu erfindenden Gesellschaft. Zur gesamtdeutschen Wirtschaftsleistung trug die Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) im Jahr 2012 rund 2,4 Prozent bei. Damit hat sie volkswirtschaftlich annähernd das Gewicht großer Branchen wie der Automobilindustrie oder der Finanzdienstleistungen erreicht. Auch im Land Bremen wächst der Wirtschaftszweig deutlich und trägt zum Beschäftigungsaufbau bei.

Die KKW lebt von den Ideen und Visionen der dort Tätigen. Das von der KKW benötigte Know-how kann aus der Sicht mancher Betriebe nicht ausschließlich in einem der zahlreichen der Kreativwirtschaft zugeordneten Ausbildungsberufe erworben werden. Unternehmen der KKW bewerten traditionelle Ausbildungswege teils skeptisch. Individuelle berufliche Werdegänge in der KKW werden oft erst nachträglich anerkannt. Andererseits aber sind die Betriebe dieser sehr inhomogenen Branche gerade auch für Bewerber/-innen mit am Ausbildungsmarkt schlecht verwertbaren formalen Bildungsvoraussetzungen offen: Die oft sehr kleinen Betriebe bieten teilweise fachübergreifendes und branchenspezifisches Wissen an, doch bezieht sich diese Wissensvermittlung häufig nur auf genau einen konkreten Arbeitsplatz, ein konkretes Unternehmen oder sehr spezialisierte Berufsprofile. Für einen anerkannten Ausbildungsabschluss fehlen vor allem bei Kleinst- und Kleinunternehmen oft wesentliche Ausbildungsanteile.

Trotz der Vielzahl unterschiedlichster Kreativ-Berufe und der enormen Breite des kultur- und kreativwirtschaftlichen Studienangebots, gibt es für Schulabsolventen und -absolventinnen, die eine duale, betriebliche Ausbildung anstreben, oft keine geeigneten Ausbildungsplätze. Die KKW selbst beklagt, dass bestehende betriebliche Ausbildungsgänge zu wenig passgenau seien und zu unflexibel an sich verändernde Anforderungen angepasst würden.

Im Land Bremen startete 2010 das Jobstarter-Projekt „Crossmediales Ausbildungs-marketing für die Kultur- und Freizeitwirtschaft Bremen (AusKuK)“. 50 KKW-Unternehmen nutzten dieses Modellprojekt einer Verbundausbildung mit externem Ausbildungsmanagement. Teilnehmende Jugendliche erhielten dadurch neben breiten, interessanten und neuartigen Ausbildungsinhalten auch einen anerkannten Ausbildungsabschluss. Die beteiligten Unternehmen profitierten von oft hochmotivierten Jugendlichen und einem Beitrag zur Deckung ihres Fachkräftebedarfs. Über drei Jahre lief das Modellprojekt erfolgreich in Bremen, danach wurde es wegen der Beendigung der Förderperiode planmäßig eingestellt. Der Wunsch nach mehr zeitgemäßen betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten in der schnelllebigen und zukunftsgerichteten KKW bleibt aber bestehen und erneuert sich stetig: Betriebe fühlen sich unter den gegebenen Rahmen der dualen Ausbildung häufig noch

überfordert auszubilden, Ausbildungsinteressierte finden den Weg zu einer geeigneten Ausbildung schwer.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich dafür einzusetzen, dass die Novellierung von Ausbildungsberufen so gestaltet wird, dass auch in sich schnell wandelnden und wachsenden Branchen wie der KKW ausreichend schnell passgenaue, anerkannte Ausbildungen entstehen können. Wie beispielsweise bei der Neuordnung der Metallberufe sollten Ausbildungsgänge dabei so gestaltet werden, dass sie eine breite Basisqualifikation mit anschließender Spezialisierung ermöglichen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, wie an das erfolgreiche Modellprojekt „Crossmediales Ausbildungsmarketing für die Kultur- und Freizeitwirtschaft Bremen (AusKuK)“ in Kooperation mit Branchenvertretungen und Unternehmen für die künftige Entwicklung des bremischen Ausbildungsmarktes und insbesondere die Gewinnung von Ausbildungsplätzen in der KKW angeknüpft werden kann.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, inwiefern die Potenziale der KKW für die Beschäftigung und Ausbildung junger Menschen mit spezifischen Begabungen genutzt werden können, um Jugendlichen, die z. B. über selbst erworbenes Know-how im IT-Bereich, Kunstsparten oder Kulturbetrieben oder der Gastronomie verfügen, einen Einstieg in Beschäftigung und Ausbildung zu ermöglichen. Darüber hinaus müssen Angebote entwickelt werden, die Studienabbrecher/-innen und Betriebe motivieren, abschlussbezogene berufliche Qualifikationen zu erwerben bzw. anzubieten.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen der mit Blick auf die Ausbildungsplatzgarantie geplanten Programme „Chance betrieblicher Ausbildung“, „Partnerschaftliche Ausbildung“ und „Ausbildungsdienstleistungen für Netzwerke“ einen Teil des Angebots für Ausbildungen in der KKW zu reservieren.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Verantwortung und Kompetenz der kreativwirtschaftlichen Unternehmen und deren Nachwuchses für die Ausbildung stärker zu nutzen und in einem Branchendialog die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Chancen und den Bedarf der KKW auszuloten, um sie effektiver zu nutzen bzw. zu decken. Über die genannten Angebote hinaus sollen Instrumente entwickelt werden, mit denen Unternehmen der KKW vermehrt als Ausbildungsbetriebe gewonnen werden können.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat darzustellen,
 - in welche Tätigkeiten in KKW-Betrieben, Kultureinrichtungen, weiteren Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen die kultur- und kreativwirtschaftlichen Studiengänge im Land Bremen sowie die Abschlüsse der dualen Ausbildungen münden können.
 - welche Angebote und Maßnahmen bestehen oder geschaffen werden können, Absolventinnen und Absolventen als Arbeitnehmer/-innen, Selbstständige und Freiberufler/-innen am Standort zu halten. Dazu gehören:

- eine Spezifizierung der Gründungsförderung und von Weiterbildungsangeboten,
- ein Ausbau kooperativer Infrastruktur für die KKW,
- Maßnahmen zur familienfreundlichen Arbeit unter den besonderen Bedingungen in Kultur und KKW,
- Projekte zum Übergang aus der dualen Ausbildung und den Hochschulen in Wirtschaft, Kultur oder Verwaltung für qualifizierte Absolventinnen und Absolventen.

Dieter Reinken, Sarah Ryglewski, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Carsten Werner, Ralph Saxe, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN